

Beschluss des FREIE WÄHLER Bundesvorstands

--

FREIE WÄHLER: Kühler Kopf statt „Heißer Herbst“

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, sowie die massiven Menschenrechtsverletzungen gegen die ukrainische Zivilbevölkerung haben eine entschlossene Reaktion des Westens hervorgerufen. Wir begrüßen die große Einigkeit in der EU und USA dem Aggressor entgegenzutreten.

In Folge der notwendigen Sanktionierung der Russischen Föderation durch die EU kommt es, auch für die deutsche Bevölkerung, zu großen wirtschaftlichen und energiepolitischen Verwerfungen. Eine Situation, in der es die Aufgabe der Bundesregierung ist mit gezielten Entlastungen für die Mitte der Gesellschaft und marktregulierende Eingriffe dafür Sorge zu tragen, dass die Folgen des Wirtschaftskriegs gegen Russland in unserer Gesellschaft in einem erträglichen Rahmen bleiben. Wir FREIE WÄHLER stellen fest, dass die Ampel-Regierung hierzu durch ihre fehlende Weitsicht sowie die anhaltende Zerstrittenheit wenig nachhaltige Maßnahmen auf den Weg gebracht hat.

Gleichzeitig beobachten wir FREIE WÄHLER mit Sorge die Ankündigung von AfD und Linke einen „heißen Herbst“ zu organisieren. Zwei Parteien, deren Verbindungen und ideologische Zuneigung zu Russland hinlänglich bekannt ist, wollen die Situation mit Hilfe der russischen Propaganda in Social-Media nutzen, um die Gesellschaft weiter zu spalten. Sie nutzen dabei die mangelhafte Entschlossenheit der Ampel-Regierung bei der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von den Folgen der Teuerungskrise aus. Gerechtfertigten Zorn auf die Bundesregierung wollen sie nutzen, um die Entschlossenheit des Westens in seiner Solidarität mit dem ukrainischen Volk zu brechen.

Wir FREIE WÄHLER rufen die Bundesregierung auf, endlich zielgerichtet zu handeln. Es gilt den pro-russischen Agitatoren die Grundlage dafür zu entziehen, mit ihrem Protest weit in die Mitte der Gesellschaft hineinzureichen. Wir müssen in dieser schweren Krise einen kühlen Kopf bewahren, um einen „heißen Herbst“ zu verhindern. Damit die momentane Inflationslage nicht zur Demokratieprüfung wird, muss im Vorfeld aktiv auf die Ängste und Sorgen der Bevölkerung eingegangen werden. Hierfür brauchen wir neben breiten Entlastungen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein auch einen anderen Kommunikationsstil. Aussagen über eine etwaige Gratsmentalität und Vorschläge Waschlappen, statt eine warme Dusche, zu nutzen, tragen weiter dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen in die staatlichen Institutionen verlieren. Damit wir gemeinsam durch diesen Winter kommen, brauchen wir eine neue Politik der Zuversicht. Wir FREIE WÄHLER haben deshalb die erneut die inhaltlichen Forderungen seit Beginn des Krieges vor über 6 Monaten zusammengefasst.

Der FREIE WÄHLER Bundesvorstand stellt fest:

1. Wir FREIE WÄHLER stehen in unverbrüchlicher Solidarität zum ukrainischen Volk und seinem Selbstbestimmungsrecht, der territorialen Integrität der Ukraine, dem Völkerrecht und der UN-Menschenrechtscharta. Wir verurteilen den Aggressor Russland und seine willfährigen Gehilfen in der deutschen Politik.
2. Die Bundesvereinigung FREIE WÄHLER wird sich nicht an den von Linke und AfD orchestrierten Protesten des „Heißen Herbst“ beteiligen. Mitglieder und Anhänger der FREIE WÄHLER sind aufgefordert, sich außerhalb dieser Veranstaltungen, z.B. im Schulterschluss mit Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften und Interessenverbänden, dafür einzusetzen, dass der Teuerung mit den notwendigen Entlastungen für die Bevölkerung entgegengewirkt wird.

Der FREIE WÄHLER Bundesvorstand erneuert seine inhaltlichen Forderungen:

1. Widerstandskraft von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft erhöhen
 - a. Ausbau der Erneuerbaren Energien fördern + bundesweite Photovoltaik-Speicherförderung
 - b. Ausbau der Infrastruktur für Wasserstoff – kurzfristiges Investment in LNG Anlagen mit langfristigen Perspektiven versehen (grüne Wasserstoffimporte)
2. Energiepreisdeckel
 - a. Vermurkste Gasumlage abschaffen
 - b. Zielgerichtete Umsetzung der Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure
 - c. Reduzierung der staatlichen Kostenanteile an den Energiekosten (Reduzierten Mehrwertsteuersatz für Gas auf alle Energieträger ausweiten)
 - d. Spritpreis stabil unter zwei Euro (Kontrolle der Mineralölkonzerne)
 - e. Gewerbediesel für 1,50 Euro pro Liter
 - f. Reduzierung der Mineralölsteuer und der Umsatzsteuer
 - g. Förderung heimischer Energieerzeugung (Holzöfen, Biogasanlagen, Wasserkraft etc.)
 - h. Weiterbetrieb der verbleibenden Atomkraftwerke und Wiederinbetriebnahme von gerade stillgelegten Anlagen wie Gundremmingen
3. Gesunde Ernährung für alle
 - a. Abschaffung der Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse und Nüsse
 - b. Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung schnellstmöglich umsetzen
 - c. Engmaschige kartellrechtliche Überprüfung von Lebensmittelpreisen
 - d. Besteuerung von Sachspenden abschaffen – unbürokratische Hilfe für Geflüchtete und soziale Einrichtungen wie die Tafeln
4. Inflationsgefahren ausgleichen
 - a. Energiegeld nicht nur einmalig auszahlen – Rentner und Studierende gleichberechtigt berücksichtigen
 - b. Kreditversorgung für den Mittelstand sichern - Arbeitsplätze schützen (Regulierung für Volksbanken und Sparkassen reduzieren, um eine Kreditversorgung in der Fläche zu erhalten)
 - c. Steuerlichen Grundfreibetrag auf 2.000 Euro pro Monat erhöhen
 - d. Einführung eines 365 Euro Tickets für den ÖPNV
5. Neue strategische Partnerschaften aufbauen
 - a. Wasserstoffimporte aus Australien stärken
 - b. Ausbau der Kooperation mit Norwegen bei der Erzeugung von Wasserstoff
 - c. Solarkooperation im Mittelmeerraum stärken
 - d. Energiepartnerschaften mit Nordafrika stärken (Unterstützung der afrikanischen Partnerländer bei der Umsetzung von Pipelineprojekten für Erdgas und Erdöl)